

Workshop „Wege aus der Gewalt“ Neue Entwicklungen der Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg

Der traditionelle Workshop „Wege aus der Gewalt. Neue Entwicklungen der Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg“, organisiert von IFSH und ZNF (Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung), fand am 13. Februar 2015 zum sechsten Mal statt. Einmal mehr wurde deutlich: Produktive Forschung lebt nicht zuletzt von der Möglichkeit des direkten Gesprächs, von inspirierender Diskussion und von persönlicher Vernetzung.

Auch die beiden Organisatoren Prof. Michael Brzoska und Prof. Gerald Kirchner betonten in ihrer Begrüßung, wie lohnend ein regelmäßiger interdisziplinärer Austausch friedenswissenschaftlicher Forschung quer zu den Agenden der einzelnen Institute ist. Ein praktisches Beispiel aus dem diesjährigen Workshop zeigt, wie diese Zielsetzung erfolgreich umgesetzt werden konnte: Eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des IFSH hatte ein neues Projekt vorgestellt, dessen Methodik eine Stipendiatin der Alexander-von-Humboldt-Stiftung aus Italien interessierte, die derzeit einen Forschungsaufenthalt am GIGA (German Institute of Global and Area Studies) absolviert. Beide Forscherinnen vereinbarten spontan eine Zusammenarbeit für ein Panel einer wenig später stattfindenden Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Dort ergaben sich rasch weitere anregende Kooperationsansätze, u.a. auch mit ausländischen Wissenschaftler/-innen aus dem Libanon und aus Belarus. Ohne die Vernetzungsmöglichkeiten beim IFSH-Workshop wäre diese zukunftsweisende Zusammenarbeit nicht entstanden.

Beim diesjährigen Workshop „Wege aus der Gewalt“ tagten parallel jeweils zwei Arbeitsgruppen zu den Themen: Konzepte und Methoden, internationale Interventionen und Sanktionen, internationale Politik und Sicherheit, Gewalt und Konfliktlösung.

Die breiteste Beteiligung gab es in der Gruppe „Gewalt und Konfliktlösung“: Unter anderem ging es um das Verhältnis von staatlicher Autorität und Gemeinschaftsorganisation in Slums am Beispiel von Monrovia und Freetown (Felix Gerdes, AKUF, Uni Hamburg), um die Frage, wie leistungsfähig quantitative Methoden bei der Analyse einer gewaltsamen Austragung von Ressourcenkonflikten sind (Tobias Ide, Institut für Geographie/KlimaCampus, Uni Hamburg). Um einen Konflikt nexus ging es ebenfalls bei der Klärung des Zusammenhangs von Klimawandel, Erdölexploration und Landnutzung in Nordwest-Kenia (Schilling/Scheffran/Vivekananda, Institut für Geographie/KlimaCampus, Uni Hamburg). Zwei Beiträge aus dem IFSH befassten sich mit nicht-westlichen Ordnungen Zentralasiens: Zum einen interessierten die



Abschlussveranstaltung, v.l.n.r.: Michael Brzoska, Wolfgang Zellner, Margret Johanssen (alle IFSH), Wolfgang Schreiber (AKUF, Uni Hamburg)

Aussichten für einen „Local Turn“ beim Friedensaufbau im kirgisischen Ferghanatal (Kreikemeyer, IFSH), zum anderen ein symbolisch-kultureller Ansatz zur Rekonstruktion politischer Legitimität in Zentralasien (Schiek, IFSH). Schließlich zeigten zwei Beiträge, dass auch die Theaterbühne als ein Ort des Konflikts, der Gewalt und der Streitschlichtung genutzt und untersucht werden kann (Holler/Klose-Ullmann, Uni Hamburg,

Institute of SocioEconomics (ISE) München, ACCEDO Verlag).

In der Gruppe „Konzepte und Methoden“ standen naturwissenschaftliche Präsentationen im Vordergrund und vermittelten einen Eindruck von der großen Bandbreite von der Rüstungskontrolle und Abrüstungsverifikation bis hin zu Hydroökologie. So können physikalische Methoden bei der verifizierten Abrüstung nuklearer Sprengköpfe helfen, indem sie Kernwaffen über ihre charakteristische radioaktive Strahlung eindeutig identifizieren (Postelt, ZNF). Weiterhin kann die Nutzung öffentlicher Quellen dazu beitragen, Transparenz im internationalen Regime zum Biowaffenverbot herzustellen. (Himmel/Jeremias, ZNF). Mithilfe eines radioaktiven Edelgasrasters (Krypton-85) könnten Defizite bei Messmethoden experimentalphysikalischer Rüstungskontrolle behoben werden (Kohler/Sahling/Hebel/Kirchner, ZNF). Schließlich stellte Christian Alwardt (IFSH) ein Modellsystem zur Simulation der Wasserhaushalte von Flusseinzugsgebieten vor. Ein solches Modell hilft zu klären, in welchen Regionen – bedingt durch klimatische oder sozioökonomische Einflüsse – zukünftig mit stärkeren Schwankungen im regionalen Wasserhaushalt zu rechnen ist und welche Extremszenarien sich hierdurch ergeben könnten.

In der Gruppe „Internationale Interventionen und Sanktionen“ wurden verschiedene Aspekte liberaler Interventionspraxis hinterfragt. Zwei Präsentationen befassten sich mit dem UN-Konzept ‚Responsibility to Protect‘. Zum einen wurde der Präventionsgedanke der ‚Responsibility to Protect‘ einer kritischen Prüfung unterzogen, indem wissenschaftliche Erkenntnis, normativer Anspruch und politische Praxis aufeinander bezogen wurden (Peters, Institut für Theologie und Frieden), zum anderen die außenpolitischen Positionen der ‚südlichen Demokratien‘ Indiens, Brasiliens und Südafrikas zur Schutzverantwortung analysiert (Krause, HSU). Abschließend wurde die Frage gestellt, ob man dem Instrument der internationalen Sanktionen, die in wachsendem Maße zu einem Standardwerkzeug der Außenpolitik westlicher Staaten werden, den Charakter einer entstehenden globalen Norm zuschreiben kann (Brzoska, IFSH).



Das Panel zu „Internationale Politik und Sicherheit“ thematisierte ökonomische und militärische Bestimmungsfaktoren maritimer Strategien der Regionalmächte China, Indien, Russland und Iran (Burlilov, GIGA Hamburg/Uni Hamburg) und fragte nach den Unterschieden sicherheitspolitischer Strategien Usbekistans und Tadschikistans gegenüber Afghanistan (Isabaev, IFSH). Ulrich Kühn (IFS) stellte ein Projekt vor, das sich bemüht, Russlands Politik mithilfe eines neuen theoretischen Instrumentariums, das realistische und konstruktivistische Ansätze miteinander verknüpft, besser zu verstehen.

In der Abschlussdiskussion zum Thema „Die Signifikanz der Krisen des Jahres 2014“ befasste sich Wolfgang Zellner mit dem Verhältnis Russlands zum Westen vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine. Zellner betonte, dass sich Russland zum ersten Mal mit militärischen Mitteln gegen den Westen gestellt und dabei schwere Völkerrechtsverstöße begangen habe. Dafür gebe es innen- wie außenpolitische Ursachen – die Gefährdung des Putin-Regimes durch ein mögliches Überschappen der Maidan-Bewegung nach Russland bzw. die fortlaufende Erweiterung der NATO –, die in der Ukraine in exemplarischer Weise zusammen gekommen seien. Eine Rückkehr zu kooperativen Sicherheitspolitiken werde schwierig sein und lange dauern.

Margret Johannsen erörterte die Häufung der Kriege im Nahen Osten und stellte fest, dass sie verschiedenen Logiken folgen: In Syrien



V.l.n.r.: Michael Brzoska (IFS), Daniel Peters (ITbF) und Dan Krause (HSU) in der Arbeitsgruppe „Internationale Interventionen und Sanktionen“

kämpfe das autokratische Regime seit dem arabischen Frühling um sein Überleben, die wiederkehrenden Gazakriege wurzelten in der israelischen Besatzung, die Kämpfe im Irak seien auf die mit dem zweiten Golfkrieg einsetzende Fragmentierung des Landes zurückzuführen. Hier seien die Anschläge vom 11. September 2001 und der danach von den USA auserufene „War on Terror“ entscheidend, der sich inzwischen aus sich selbst speise. Die Bewältigung der dem Kriegsgeschehen zugrunde liegenden tiefen Modernisierungskrise der Region werde Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Bewaffnete Interventionen seien hierzu ungeeignet.

Kontakt: Michael Brzoska
Gerald Kirchner

brzoska@ifsb.de
gerald.kirchner@uni-hamburg.de

Über autonome Waffen und Roboter: Workshop zu Künstlicher Intelligenz und „Lethal Autonomous Weapon Systems“ in Berlin

Am 23. und 24. Februar 2015 führte IFAR² einen zweitägigen Expertenworkshop zum Themenkomplex Künstliche Intelligenz (KI) und Lethal Autonomous Weapon Systems (LAWS) durch. Das Treffen, das von Götz Neuneck und Christian Alwardt organisiert und vom Auswärtigen Amt finanziert wurde, fand im Magnus-Haus der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Berlin statt. Das erklärte Ziel war es, den heutigen Stand und die künftigen Entwicklungen auf dem Gebiet der KI und LAWS aus einem interdisziplinären Blickwinkel zu betrachten und auf dieser Grundlage einen fortlaufenden Dialog zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener universitärer Fachrichtungen, Friedensforschungseinrichtungen und Forschungsinstituten sowie Vertreter/-innen von Ministerien und der Industrie anzustoßen. Das IFSH war auf dem Workshop durch Götz Neuneck, Christian Alwardt, Martin Krüger, Luisa-Katharina Häsler und Beram Mahmoud vertreten.

Eröffnet wurde der Workshop mit den Grußworten von Botschafter Christoph Eichhorn, dem amtierenden Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Anschließend erläuterte Botschafter Michael Biontino, der ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Genfer Abrüstungskonferenz und Botschafter für Globale Abrüstungsfragen, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz und deren Bedeutung in Hinblick auf LAWS. Den weiteren Rahmen des Workshops bildeten vier Panels, deren jeweiliger Themenschwerpunkt durch Fachexpert/-innen inhaltlich eingeführt und von den Teilnehmern diskutiert wurde. Das erste Panel beschäftigte sich mit den aktuellen Forschungstrends der KI-Forschung aus der Sicht der Computerwissenschaften. Im zweiten Panel wurde aus dem Blickwinkel der angewandten F&E über das heutige und künftige, zivile und militärische



Teilnehmer des KI/LAWS-Workshops im Magnus-Haus in Berlin

Anwendungsspektrum von unbemannten Systemen referiert. Das dritte Panel konzentrierte sich auf mögliche militärische Einsatzszenarien und den zugrundeliegenden völkerrechtlichen Rahmen. Schwerpunkte des vierten Panels waren die Herausforderungen für die Rüstungskontrolle, insbesondere in Hinblick auf die Verifikation und die Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Autonomiedefinition.

Das Abschlusspanel stand unter dem Eindruck des im April 2015 anstehenden „Convention of Conventional Weapons (CCW) Meeting of Experts on LAWS“ in Genf. An dieser Stelle wurde deshalb insbesondere über die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle und mögliche Regulierungsmaßnahmen diskutiert. Große Übereinstimmung herrschte am Ende des Workshops darüber, dass die Diskussion über LAWS in diesem interdisziplinären Rahmen fortgeführt werden sollte. Nächste denkbare Schritte sind die Organisation eines Nachfolgeworkshops oder die Etablierung einer ständigen Arbeitsgruppe zu der Problematik.

Kontakt: Christian Alwardt
Götz Neuneck

alwardt@ifsb.de
neuneck@ifsb.de

Herausforderung durch „hybride Kriege“

Der Formenwandel der Gewalt ist ein zentraler Aspekt im Arbeitsprogramm des IFSH. In der Ukraine begann letztes Jahr ein Gewaltkonflikt, der von der NATO als „hybrider Krieg“ bezeichnet wird. Zum Thema hybride bzw. unkonventionelle Kriege und dem Vorgehen Russlands äußerten sich Mitarbeiter/-innen des ZEUS in zahlreichen Interviews, Veranstaltungen und Artikeln. Diese Art der Kriegführung ist grundsätzlich

nicht neu. Ihre Erscheinungsformen unterliegen zwar einem steten Wandel, trotzdem existieren Konstanten: Ein unkonventioneller Krieg wird durch einen Staat mittels meist verdeckter, manchmal offener Unterstützung von nichtstaatlichen Akteuren („Proxys“) in einem anderen Staat geführt.

Dem unkonventionell vorgehenden Staat steht im 21. Jahrhundert eine große Bandbreite von Mitteln zur Verfügung, um sein politisches



Ziel zu erreichen. Sie reichen von politischer, moralischer und wirtschaftlicher Unterstützung über Informationsoperationen, Propaganda, Subversion und Cyberattacken bis hin zu militärischer Hilfe und dem verdecktem Einsatz eigener Spezialkräfte oder gar regulärer Truppen. Er operiert weitgehend in einer Grauzone unterhalb des eigenen direkten Gewaltmitteleinsatzes bei gleichzeitiger Unterstützung des Gewaltmitteleinsatzes der Aufständischen.

Es ist höchste Zeit, sich mit dem Phänomen „hybrider Kriege“ auf internationaler Ebene auseinanderzusetzen. Denn sie sind unabhängig von ihrer normativen Begründung zutiefst destabilisierend und verstoßen gegen das Völkerrecht. Zweitens fördern sie regionale Konflikte, wie frühere Versuche, auf diese Weise einen Regimewechsel durchzusetzen, gezeigt

haben. Drittens sind sie nicht immer kostengünstig. Sie können durchaus zu einem langen Konflikt führen. Viertens sind sie nicht berechenbar, weil die „Proxys“ eine eigene Agenda verfolgen, ihre Loyalität nicht gesichert ist und nicht-intendierte Konsequenzen unvermeidbar sind. Fünftens ist diese Art von Kriegführung normativ inakzeptabel, weil sie insbesondere die Zivilbevölkerung belastet und andere staatliche Akteure dazu bringt, sich ebenfalls auf diese Form der Kriegführung einzulassen. Sechstens könnte auch ein „hybrider Krieg“ zum Äußersten tendieren, gerade wenn Staaten involviert sind, die über Massenvernichtungswaffen verfügen. „Hybride Kriege“ sind eskalationsträchtig und deshalb brandgefährlich. Darum müssen sie verhindert werden.

Kontakt: Hans-Georg Ehrbart

ehrbart@ifsb.de

Kritische Reflexionen zur Eröffnung des China-Russia Joint Institute in Shanghai

Die IB-Disziplin hat ihren Aufmerksamkeitsradar mittlerweile darauf gerichtet, dass sich die Weltgemeinschaft und -gesellschaft nicht nur aus westlichen Akteuren zusammensetzen. Seit der erklärten „Provinzialisierung“ Europas durch die post-koloniale Forschergemeinde sind bereits einige Jahre vergangen und die globalen Machtverschiebungen führten zu neuen Forschungsprogrammen und außenpolitischem Wandel. Ungeachtet dessen, lässt sich immer wieder feststellen, dass Akteure und Werte der Weltgemeinschaft hauptsächlich als westlich verstanden werden. Dabei ist deutlich sichtbar, dass auch nicht-westliche Staaten untereinander kooperieren, eigenständige Politiken verfolgen und Ideen in den Diskurs einbringen.

Sebastian Schiek, Mitarbeiter bei CORE/IFSH, wurde als Vertreter des IFSH zur Eröffnung des „China-Russia Joint Institute an der East China Normal University“ in Shanghai im Dezember 2014 eingeladen, zu der das IFSH schon seit geraumer Zeit einen guten Kontakt pflegt. Die Gründung des Instituts war zwar schon länger geplant, für Russland erscheint insbesondere wegen der derzeitigen innen- und außenpolitischen Zuspitzung die Kooperation mit China besonders attraktiv. Schwerpunkte der Eröffnungskonferenz waren wirtschaftliche und kulturelle Aspekte der Zusammenarbeit, die im Schlagwort einer neuen „economic silkroad“, die Zusammenarbeit und Aufschwung in der gesamten eurasischen Region fördern soll, ihren Ausdruck findet. Dem optimistischen Ausblick auf wirtschaftliche Chancen stehen aber auch kulturelle Schwierigkeiten gegenüber, die bei der Zusammenar-



Teilnehmer/-innen des Workshops zur Eröffnung des China-Russia Joint Institute in Shanghai

beit Russlands und Chinas auftreten. Deshalb wurde dem Thema gemeinsamer (und trennender) Identitäten in Theorieseminaren, aber auch in interessanten studentischen Beiträgen Raum gegeben.

Der „westliche Beobachter“ ist sich vielleicht zunächst in der Bewertung einer solchen Kooperation unsicher. Einerseits lässt sich argumentieren, ist es gut, wenn sich Nachbarstaaten und -gesellschaften an einen Tisch setzen und damit Verantwortung für sich und ihre Region zeigen. Dass sie dabei nicht einfach westliche Konzepte übernehmen, kann man begrüßen, da sich Gesell-

schaften ihren Weg eigenständig erarbeiten und ihn dann selbst gehen müssen. Andererseits könnte man in solchen Initiativen vor allem eine Stärkung des Autoritarismus sehen, denn hier geht es auch um die Kooperation autoritärer Staaten im eurasischen Raum. Wie soll sich der Westen also verhalten, wenn er „seine“ positiven Werte weder auf dem Weg der anderen Gesellschaften vorfindet noch am Ende dieses Weges erahnt? Vergleichbare Fragen stellen sich für die Friedensforschung. Sind solche Kooperationsformen gut, weil sie langfristig positive Wirkungen, wie Stabilität und Wachstum, entfalten, also den negativen Frieden sichern – und vielleicht zu positivem Frieden führen? Oder führen sie zu nichts von dem? Einfacher als die Politik und die Friedensforschung haben es solche Forschungsansätze, die Normativität zurückschrauben und sich dem Verstehen widmen. Sebastian Schiek stellte zwei Ansätze zur Erforschung nicht-westlicher Gesellschaften mit „westlichen“ Methoden vor, die historische Soziologie und rekonstruktive Ansätze.

Kontakt: Sebastian Schiek

schiek@ifsb.de

Jahrestagung der International Studies Association (ISA)

Die Jahrestagung der „International Studies Association“ (ISA) ist die weltweit größte Versammlung von Forscherinnen und Forschern im Feld der Internationalen Beziehungen (IB). Auf der diesjährigen Tagung in New Orleans wurden in fast 1200 Veranstaltungen Beiträge zu einem Spektrum von Themen unter der generellen Überschrift „Globale IB und regionale Welten“ vorgestellt. Aus dem IFSH nahmen Michael Brzoska, Katarzyna Kubiak und Ulrich Kühn teil.

Michael Brzoska war Discussant in einem Panel zu neuen Entwicklungen im Bereich des internationalen Waffenhandels und trug zu der Frage vor, inwieweit Sanktionen international und regional zum Standard geworden sind, wenn Staaten andere internationale Akteure zur Änderung ihres Verhaltens bewegen oder deren Handlungsspielraum einengen wollen. Sanktionen sind ein zunehmend genutztes Instrument internationaler Politik. Insbesondere die USA und die EU nutzen Sanktionen häufig. Auffällig ist allerdings in den letzten Jahren die Zunahme von Sanktionen nicht-traditioneller Akteure, wie Russland,

China oder der Afrikanischen Union.

Katarzyna Kubiak nahm an zwei Panels teil. Sie referierte zu neuen Herausforderungen in Osteuropa in Bezug auf Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der taktischen Nuklearwaffen in Europa, die gerade wegen des Krieges in der Ukraine erhöhte Brisanz erfahren. Im zweiten Panel zu Konzepten von Sicherheit in einer Welt mit weniger Nuklearwaffen diskutierte sie drei Artikel – zum Konzept der waffenlosen Abschreckung, zu Herausforderungen der amerikanischen Innenpolitik auf dem Weg zur Reduzierung der Anzahl der Nuklearwaffen und zur Dysfunktionalität kooperativer Rüstungskontrolle in Europa und der globalen Nuklearordnung.

Ulrich Kühn referierte in einem von Catherine Kelleher und Judith Reppy geleiteten Panel zu Fragen der Sicherheit mit weniger Nuklearwaffen zum Thema kooperative Rüstungskontrolle in Europa und globale Nuklearordnung. Beeinflusst vom Konflikt zwischen dem Westen und Russland bezüglich der Entwicklungen in der Ukraine zeigen beide



institutionalisierten Systeme starke Verfallserscheinungen. Während die Instrumente kooperativer Rüstungskontrolle in Europa bereits seit längerer Zeit dysfunktional sind und die Sicherheitsherausforderungen der Ukraine-Krise nur unzureichend auffangen können, sind es im Bereich nuklearer Rüstungskontrolle vor allem divergierende amerikanisch-russische Interessen, die bestehende Verträge zunehmend infrage stellen.

Für die folgende Jahrestagung in Atlanta hat die ISA als übergeordnetes Thema „Frieden entdecken“ gewählt – eine gute Gelegenheit, einige Ergebnisse der Arbeit aus dem IFSH einem internationalen Publikum vorzustellen.

Kontakt: *Katarzyna Kubiak*
Michael Brzoska
Ulrich Kühn

kubiak@ifsb.de
brzoska@ifsb.de
kuehn@ifsb.de

P E R S O N A L I A

Vom 1. Dezember 2014 bis 25. Januar 2015 weilte **Jafar Usmanov**, unabhängiger Wissenschaftler aus Tadschikistan, als Gastforscher am IFSH. Während seines Aufenthalts am IFSH hat er im Forschungsteam Zentralasien am IFSH mitgearbeitet. Er untersuchte die Ergebnisse der OSZE-Feldaktivitäten in Tadschikistan, forschte aber auch zu anderen Themen. Im Januar trug er zum Thema „Is legitimacy in question? Looking at attitudes towards OSCE and EU in Tajikistan“ im Rahmen des IFSH-Forschungskolloquiums vor. Die größte OSZE-Mission in Zentralasien befindet sich in Tadschikistan, was die OSZE-Aktivitäten in diesem Land in den Blickpunkt einer intensiven Forschung rückt. Die Hauptfrage des Vortrags war, ob sich das Ansehen der OSZE im



Vergleich zur EU in den letzten zwei Jahren in Tadschikistan verschlechtert hat und falls ja, ob es einen Zusammenhang mit der abnehmenden Legitimität der OSZE gibt. Um diese Frage zu beantworten, stützte er sich auf unterschiedliche Begriffe der Legitimität in den internationalen Beziehungen – von Input- zur Output- Legitimität und von normativen zu rationalen Bedeutungen der Legitimität. Er verglich auch die generellen Meinungen über die OSZE und EU (anhand von Publikationen in den Medien) in Tadschikistan. Zum Schluss legte er einige Empfehlungen für nachhaltige Arbeit der OSZE in Tadschikistan vor, die auch für andere OSZE-Feldoperationen in Zentralasien aktuell sind.

Kontakt: *Jafar Usmanov* *usmanov_jafar@yahoo.com*

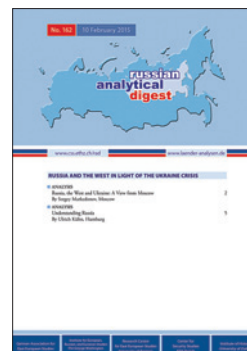
tionale Zustimmung und politische Unterstützung für den staatlichen Wiederaufbau Malis. Dieser Sammelband untersucht die Gründe für den Meinungsumschwung und fragt nach den politischen Interessen und strategischen Überlegungen Frankreichs, Deutschlands und der EU. Über den aktuellen Fall hinaus wird untersucht, wie Militäreinsätze zur Beilegung innerafrikanischer Konflikte beitragen können. Die Autoren fragen, in welcher Weise der schwelende Konflikt mit den normalischen Bevölkerungsgruppen Ursache der Gewalt war und ob die aktuellen politischen Lösungsvorschläge tragfähig sind.

Kontakt: *Hans-Georg Ehrhart* *ehrbart@ifsb.de*

Ulrich Kühn. Understanding Russia. In: Russian Analytical Digest Nr. 162, 10. Februar 2015,

<http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=188068>.

In seinem Artikel „Understanding Russia“ für den Russian Analytical Digest der ETH Zürich plädiert Ulrich Kühn für eine Neuausrichtung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Russland. Unter Putin sei Russland weder revisionistisch noch anti-Status-quo-orientiert,



sondern folge mit seiner jetzigen aggressiven Politik in der Ukraine demselben Politikkonzept wie seit Ende des Kalten Kriegs. Konkret bedeute dies, dass Moskau jeglicher Veränderung der relativen Machtverteilung in Europa mittels verschiedener Politiken begegnet. Kühn schlägt deshalb eine realistischere Sichtweise auf Russland vor, zusammen mit einem erhöhten Verständnis für russische Befindlichkeiten. Dies bedeute jedoch nicht, dass sich der Westen Russlands Sichtweisen zu eigen machen müsse.

Kontakt: *Ulrich Kühn* *kuehn@ifsb.de*

Margret Johannsen. 2014. Der israelisch-palästinensische Konflikt: ohne Lösung, ohne Perspektive? Mit einem Nachtrag: Nach dem Gazakrieg. In: Peter Strutynski (Hrsg.), Umbrüche und Kontinuitäten. Von den Weltkriegen zum „permanenten Krieg“?, Kassel: Jenior, S. 124-142.

Der Aufsatz problematisiert die Aufladung des ursprünglichen Territorialkonflikts mit identitären Elementen und dessen Implikationen für eine einvernehmliche Beilegung des Jahrhundertkonflikts im Nahen Osten, untersucht die Bedeutung der asymmetrischen Machtverteilung für einen nachhaltigen Frieden und befragt die Anteile externer Akteure auf ihre Rolle im Konfliktaustrag. Ob angesichts der Vielzahl regionaler Hotspots der jüngste Gazakrieg 2014 zur Einsicht führt, dass ritualisiertes Verhandeln sein Potenzial erschöpft hat, bleibt eine offene Frage.

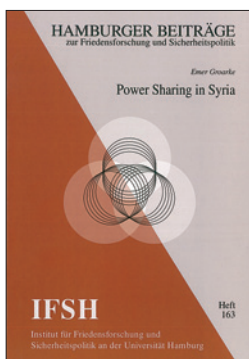
Kontakt: *Margret Johannsen* *johannsen@ifsb.de*

P U B L I K A T I O N E N

Emer Groarke. Power Sharing in Syria. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 163, Januar 2015, Hamburg.

Vor dem Hintergrund, dass der Konflikt in Syrien bereits in das vierte Jahr geht, wird in diesem Beitrag die Nutzbarkeit von Power-Sharing als Konfliktlösungsmechanismus im syrischen Kontext betrachtet. Konkret wird der Frage nachgegangen, ob die Übernahme von Modellen des Power-Sharing, die bei früheren Konflikten Anwendung fanden, und deren Anpassung an die konkrete Situation in Syrien geeignete Mittel sind, um den syrischen Staat nachhaltig wieder aufzubauen.

Wengleich die Bedingungen des Konflikts bislang nicht eben förderlich für Friedensgespräche waren, wird in dieser Arbeit angenommen, dass aktuelle regionale Entwick-



lungen wie der Aufstieg von ISIS die Möglichkeit und vor allem Notwendigkeit von politischen Verhandlungen erneut aufgezeigt haben. Eine rein rechtliche Machtteilung, die von einigen als beste Lösung für diesen Konflikt gehandelt wird, wird in dem Beitrag als unpassend und simplifizierend zurückgewiesen angesichts der Komplexität dieses Konflikts, der über eine lediglich konfessionelle Spaltung hinausgeht.

Bedeutende Hindernisse für ein verhandeltes Power-Sharing-Übereinkommen werden durchaus berücksichtigt, aber auch Vorschläge dazu gemacht, wie solche Probleme gemindert und womöglich in Anreize für die Konfliktparteien transformiert werden können. Es wird der Schluss gezogen, dass eine Vereinbarung zum Power-Sharing zwar nicht ohne Mängel, aber doch das am ehesten nutzbare Mittel ist, um eine legitime und nachhaltige Lösung für den Konflikt zu finden, und dass die Zeit reif ist für eine gemeinsame Erneuerung der Bemühungen, eine solche Verhandlungslösung in Gang zu bringen.

Kontakt: *Emer Groarke* *emer.groarke@gmail.com*

Hans-Georg Ehrhart, Stefan Brüne und Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.). 2015. Frankreich, Deutschland und die EU in Mali: Chancen, Risiken, Herausforderungen. Baden-Baden: Nomos/Aschendorff Verlag.

Im Oktober 2012 schloss François Hollande den Einsatz französischer Bodentruppen in Mali noch aus, um dann im Januar 2013 einen antiterroristisch begründeten guerre sans merci zu erklären. Für diese Wendung erhielt Frankreich mit Blick auf die antizipierte Gefahr viel interna-



 **IFSH aktuell**
Ausgabe 108
Januar/Februar 2015

Verantwortlich für diese Ausgabe: Leonie Brand, Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsb.de · <http://www.ifsb.de>